



27.02.2008 | Nr. 063/08

Susanne Herold: Wir brauchen unabhängige Fachkräfte in der Schulsozialarbeit

Sperrfrist: Redebeginn.
Es gilt das gesprochene Wort.

Schulsozialarbeit ist wichtig und das wurde unlängst in der Landtagsdebatte zum Bericht „Kooperation Schule und Jugendhilfe“ (Drs. 16/1072) auch sehr deutlich von Sozialministerin Trauernicht herausgestellt. Herrn Dr. Klug scheint diese Debatte dazu befruchtet zu haben, einen Teil des FDP-Änderungsantrages zum Schulgesetz aus dem Januar 2007 herauszulösen und mit dem heute vorliegenden Antrag noch einmal wiederaufzulegen.

Ich kann dieses Verhalten nachvollziehen, denn, in der Tat: Kaum ein anderes Thema beschäftigt die jugend- und bildungspolitische Diskussion so wie die ganzheitliche Bildung und Erziehung von Heranwachsenden. Angesichts der wachsenden Anzahl schulmüder Jugendlicher, der hohen Bedeutung von Schulabschlüssen, der Schwierigkeiten von Jugendlichen in einen Beruf zu gelangen und der hohen Jugendarbeitslosigkeit gewinnt die Schulsozialarbeit rasant und immens an Bedeutung für Schule und Jugendhilfe.

Dabei entstehen Defizite im Bildungs- und Erziehungs-Bereich in unserer Gesellschaft heute vor allem dadurch, weil Kinder und Jugendliche von ihren Eltern sowie in ihrem sozialen Umfeld zu wenig Unterstützung und Förderung erhalten. Und hier handelt es sich nicht allein um ein Problem so genannter „bildungsferner Schichten“. Nein, es handelt sich um eine Entwicklung, die alle gesellschaftlichen Schichten mehr oder auch weniger einschließt.

Und deshalb hat der Ausbau der Kooperation von Jugendpflege und Schule auch in unserem Lande zu Recht einen sehr hohen Stellenwert.

Neben einem guten Unterrichtsangebot ist es aus diesem Grunde in den letzten Jahren immer wichtiger geworden, Ganztagsangebote auszubauen und ergänzende soziale und pädagogische Leistungen in den Schulen anzubieten.

Und ich möchte an dieser Stelle die gemeinsamen Anstrengungen, die von den Schulen, den Trägern der Jugendhilfe und den beteiligten Kommunen unternommen werden, würdigen und allen Beteiligten für die Zusammenarbeit danken.

Eine erfolgreiche Kooperation von Jugendhilfe und Schule muss in tragfähige Strukturen eingebettet sein. Diese Strukturen auf- und auszubauen ist eine zentrale Aufgabe vor Ort.

Jede Stadt oder Gemeinde kann selbst am besten beurteilen welche Maßnahmen wie

und an welcher Institution integriert werden. Der regelmäßige Austausch von Jugendhilfe und Schule ermöglicht dann die gemeinsame Lösung der auftretenden Probleme.

Das Land hat zu dieser Unterstützung ein Programm aufgelegt, mit dem jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt jährlich finanziell unterstützt werden kann.

Die FDP fordert nun erneut in ihrem heutigen Antrag eine Festlegung dieser Kooperationsverpflichtung im Schulgesetz. Verankert man lediglich die Kooperation von Schule und Jugendhilfe ohne verpflichtenden Charakter im Schulgesetz, sowie einige Bundesländer es geregelt haben, so ist das zwar schön zu lesen, hat jedoch keinerlei hilfreiche Konsequenzen. Ist es das, was Sie wollen, Herr Klug?!

Und wir sollten uns davor hüten, meine Damen und Herren, die Trägerschaft der Schulsozialarbeit zu verlagern.

Schulsozialarbeiter, die bei einem Schulträger oder an einer Schule eingestellt werden unterliegen der Schulhierarchie. Das heißt, sie werden von der Schulleitung in den Schulalltag verplant.

Nach Ansicht der CDU ist es jedoch wichtig, dass die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit unabhängig, also aus der schulischen Hierarchie herausgelöst, ihren Job wahrnehmen können.

Das bedeutet, auf der einen Seite müssen Lehrerinnen und Lehrer ihre Verpflichtungen und Aufgaben erfüllen und die Sozialpädagoginnen / Sozialpädagogen ihrerseits die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeit in der Schule nach eigenen – eben sozialpädagogischen – Kriterien zu gestalten.

Zur vertiefenden Diskussion beantrage ich – auch dieses Mal - die Überweisung des Gesetzesentwurfs der FDP an den Bildungsausschuss.